

Klimaschutz und Erneuerbare Energien

Wettbewerb und Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Luxemburg

Dieter Ewringmann

Finanzwissenschaftliches Forschungsinstitut
an der Universität zu Köln



4. Deutsch-Luxemburgische Wirtschaftskonferenz

Klima- und Umweltschutz – Chancen durch Innovation

25. September 2008

Überblick

- ① Unabhängigkeit und Konkurrenz bei der Wahl des energie- und klimapolitischen Instrumentariums
- ② Steuerwettbewerb bei der Mineralölsteuer
- ③ Zusammenarbeit auf dem Gebiet der angewandten Forschung und Politikberatung

Energiepolitik und Klimaschutz

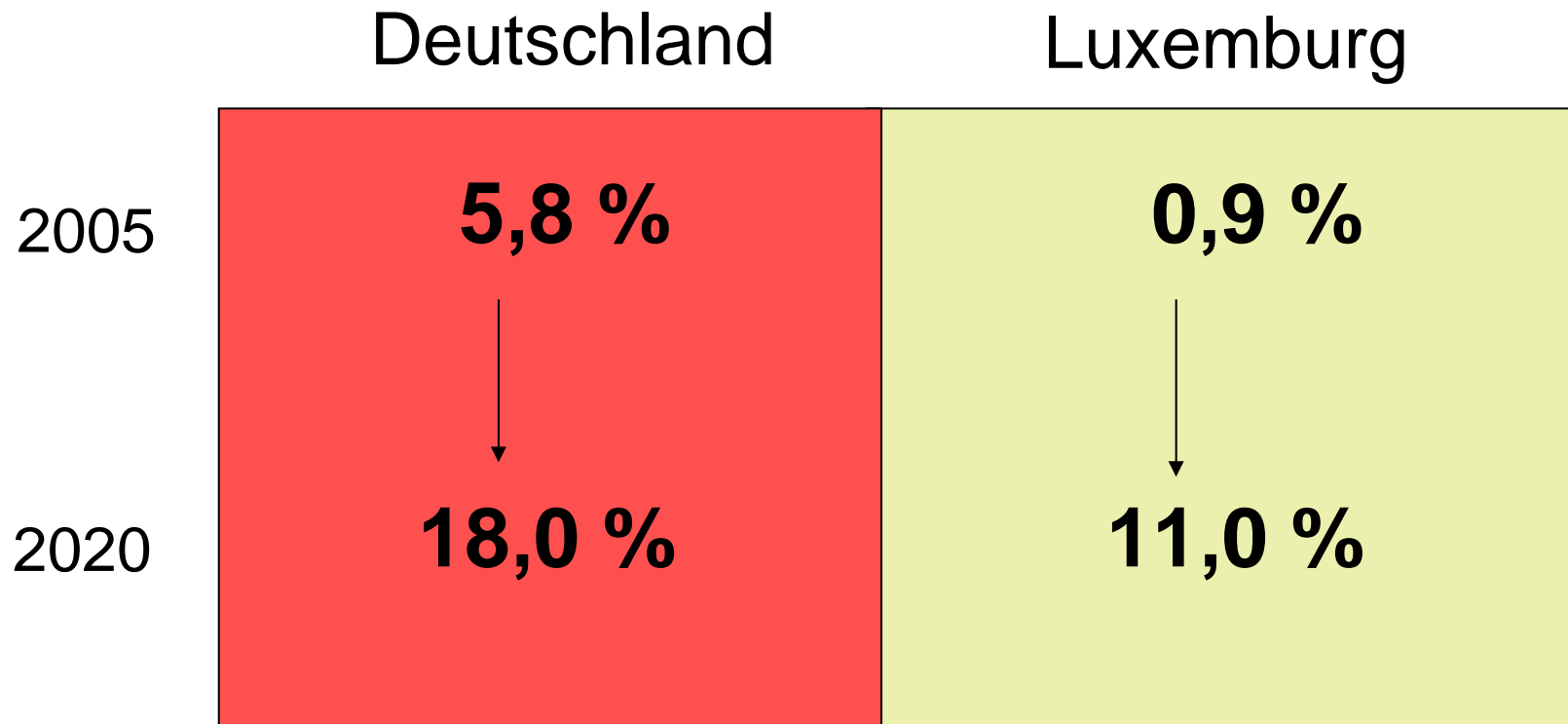
Klimaschutzpolitik setzt auf Differenzierung

Der EU-Plan sieht für Post-Kyoto-Phase folgendes Gesamtziel vor:

- *eine 20-prozentige Steigerung der Energieeffizienz*
- **eine 20-prozentige Verringerung der THG-Emissionen gegenüber 1990, 14 % gegenüber 2005 (21 % ETS und 10 % sonstige Bereiche).**
- **einen Zielwert von 20 % für den Anteil erneuerbarer Energiequellen am Gesamtenergieverbrauch 2020**
- **einen gesonderten Zielwert von 10 % für den Anteil der Biokraftstoffe im Jahr 2020.**

Durch Burden- oder Effort-Sharing erhält aber jedes Land spezielle Vorgaben/Ziele:

EU-Verpflichtungen Erneuerbare Energien



Kyoto- und Post-Kyoto-Verpflichtungen THG-Emissionen

Deutschland

Luxemburg

1990 – 2012

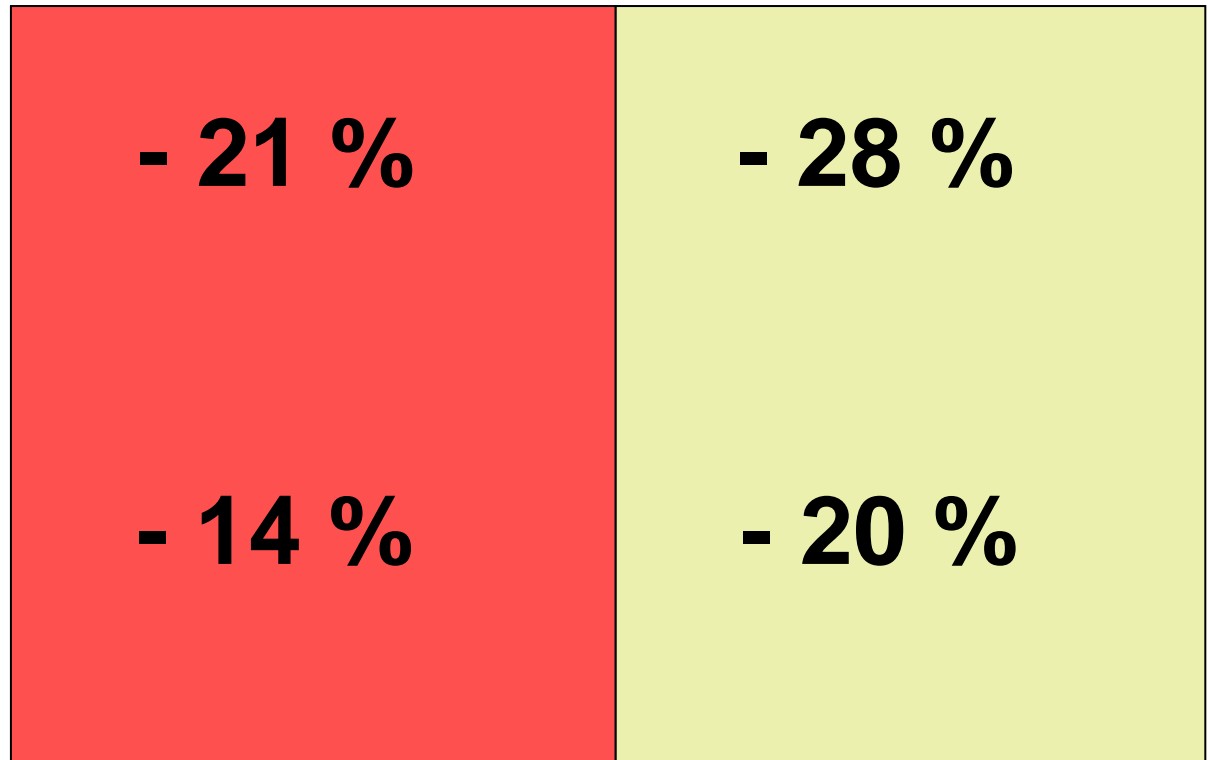
- 21 %

- 28 %

2005 – 2020
ohne ETS

- 14 %

- 20 %



Emissionsstrukturen Deutschland und Luxemburg

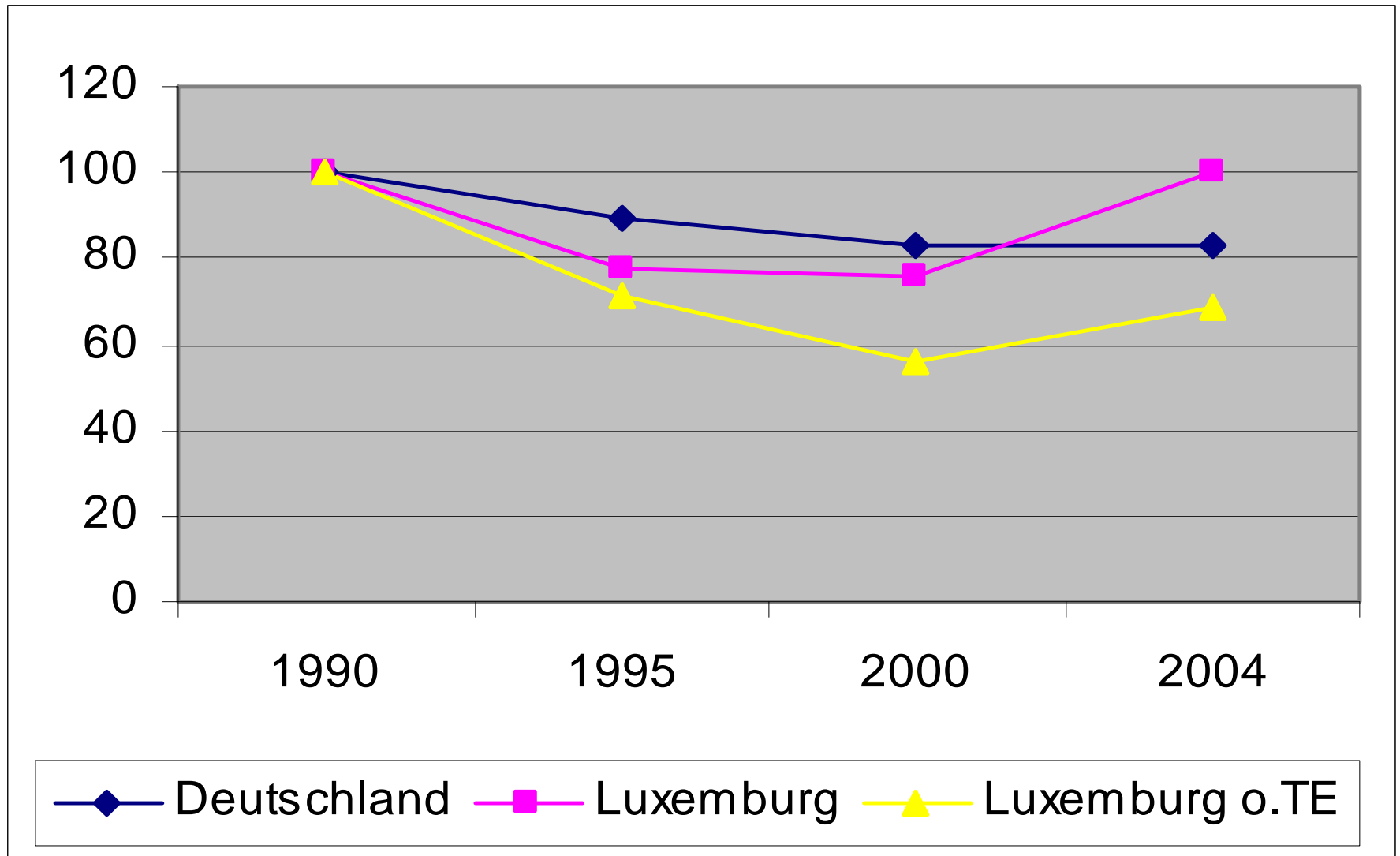
- Anteile an THG-Emissionen -

Deutschland

Luxemburg

	1990	2004	1990	2004
Haushalte/GHD	18 %	17 %	9 %	11 %
Verkehr	13 %	17 %	20 %	52 %
Industrie/Energie	53 %	53 %	65 %	31 %
Sonstige	16 %	13 %	6 %	6 %

Emissionsentwicklung Deutschland und Luxemburg (1990 = 100)



Unterschiedliche Potenziale

Konsequenzen 1

- Die auf Unterschiedlichkeit und Freiwilligkeit setzende Strategie des Effort Sharing verträgt sich nicht mit einer Harmonisierung im Maßnahmen- bzw. Instrumentenbereich.
- Selbst bei unterschiedlichem nationalem Instrumentarium sind die unterschiedlichen nationalen Ziele angesichts stark divergierender Potenziale nur bei „flexiblen Mechanismen“ bzw. bei Handelbarkeit und funktionierenden Zertifikatssystemen erreichbar.
- Deutschland und Luxemburg müssen daher ein gemeinsames Interesse daran haben, dass nicht nur nationale Maßnahmen im eigenen Land für die Zielerreichung anerkannt werden, sondern eine möglichst große Fungibilität der Potenziale bzw. der daran geknüpften Berechtigungen gesichert wird.
- Für Deutschland und Luxemburg besteht daher ein weites Kooperationsfeld bei der Standardisierung und Zertifizierung von austauschbaren Berechtigungen und im Hinblick auf die Mitgestaltung der künftigen EU-Spielregeln.

Steuerwettbewerb

- Mineralölsteuer -

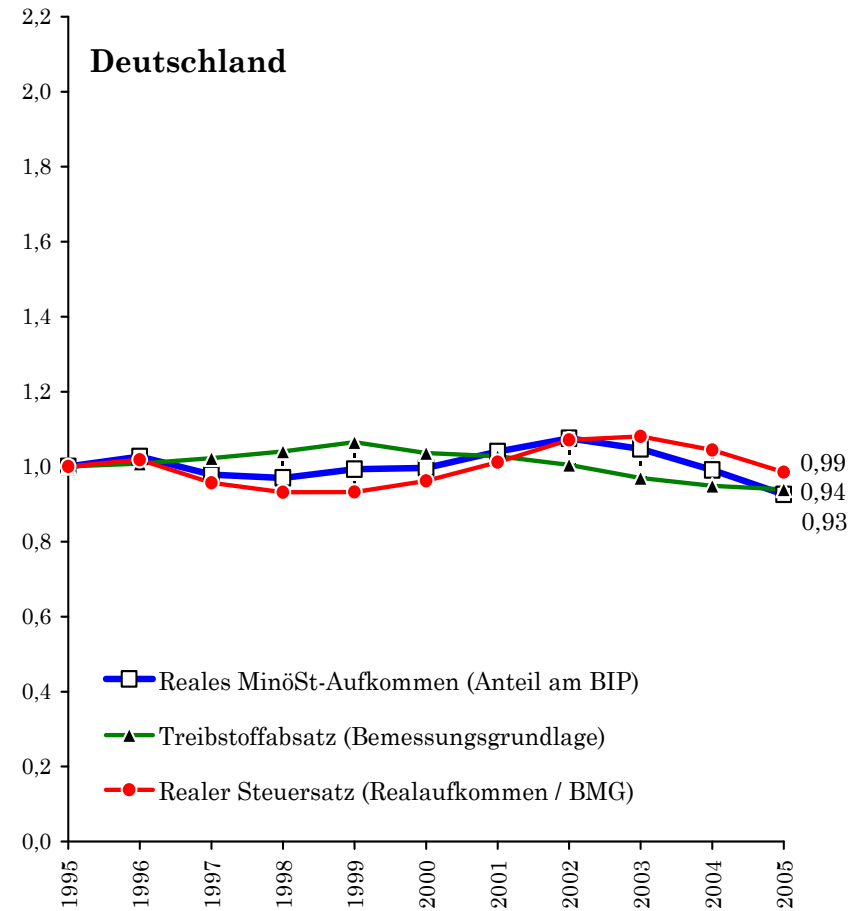
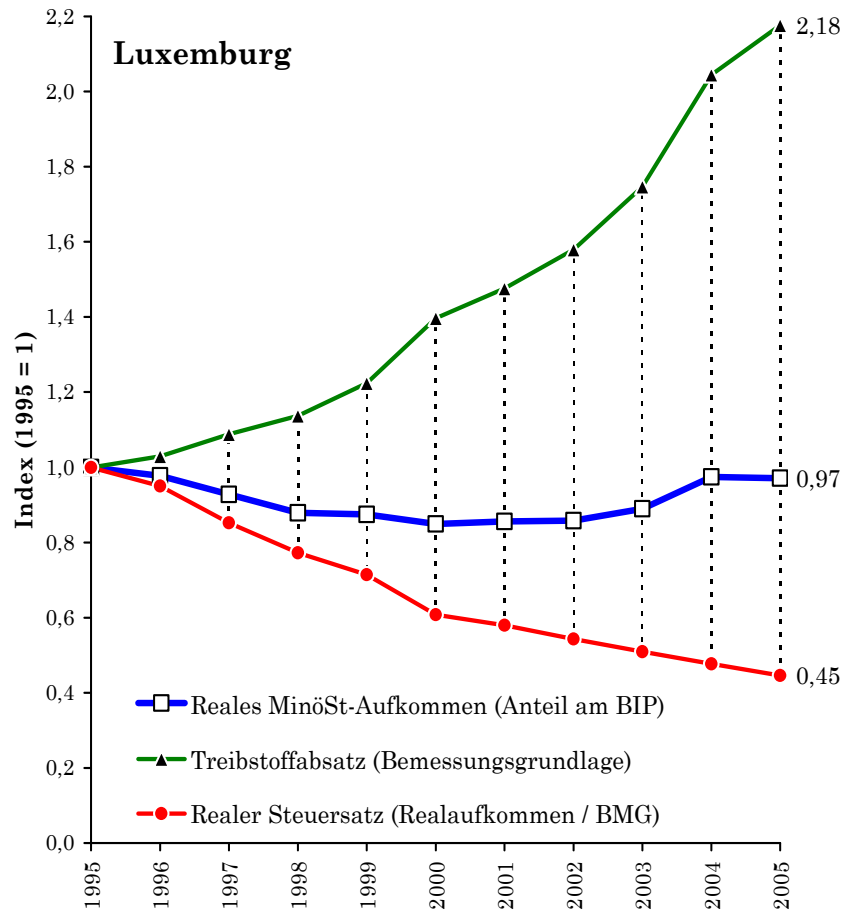
Mineralölsteuern

und andere Steuern, die auf den Verkehr bzw. auf Energie erhoben werden, sind Multifunktionsinstrumente:

- Zuerst und vor allem **Finanzierungs**instrumente
- u. U. **energiepolitische** Instrumente
- u. U. **verkehrspolitische** Instrumente

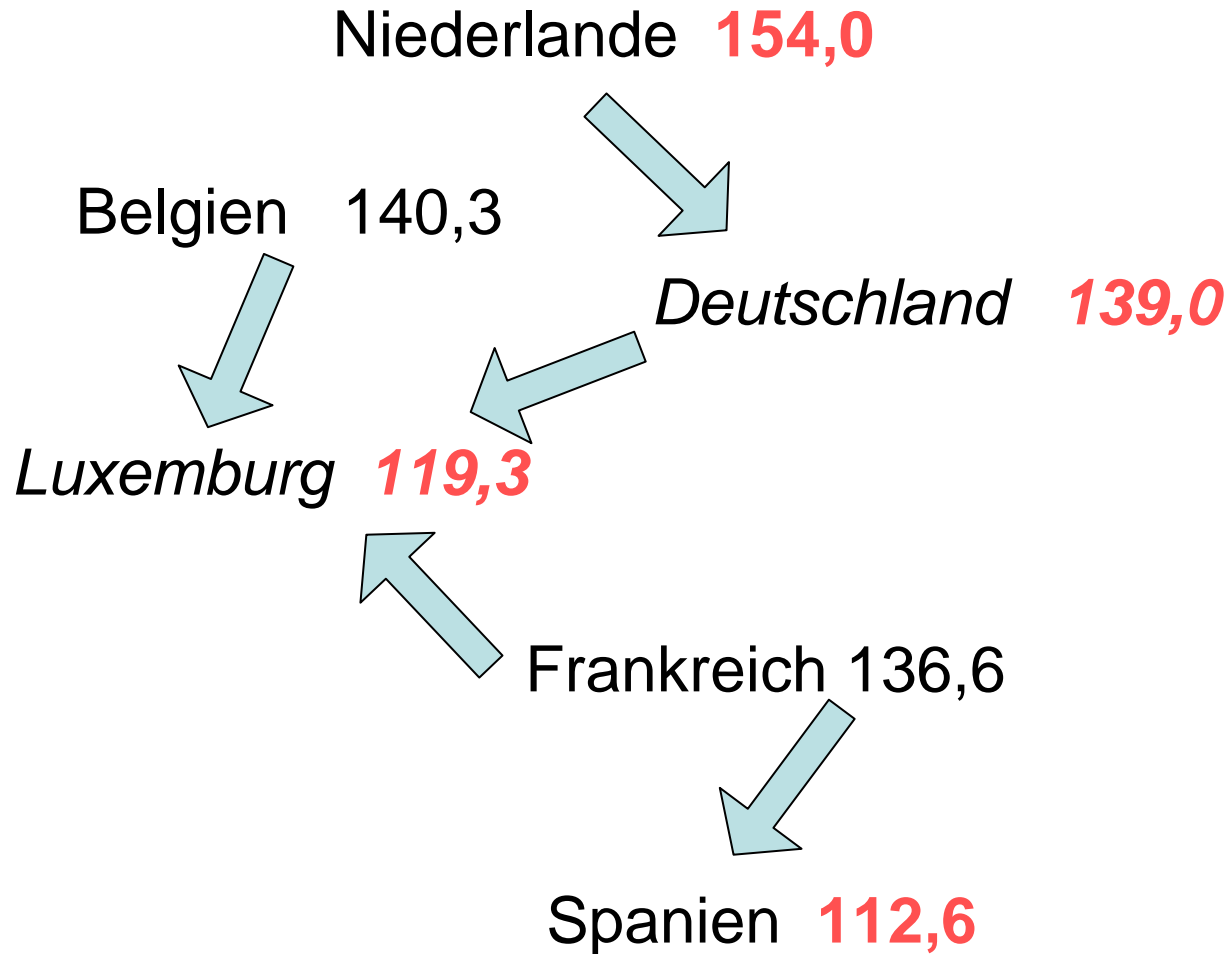
Steuerpolitik zudem in kleinen Staaten mit anderer Grundausrichtung als in größeren Staaten.

Steuersatz- und Bemessungsgrundlagendynamik – Mineralölsteuer Vergleich Luxemburg-Deutschland 1995-2005



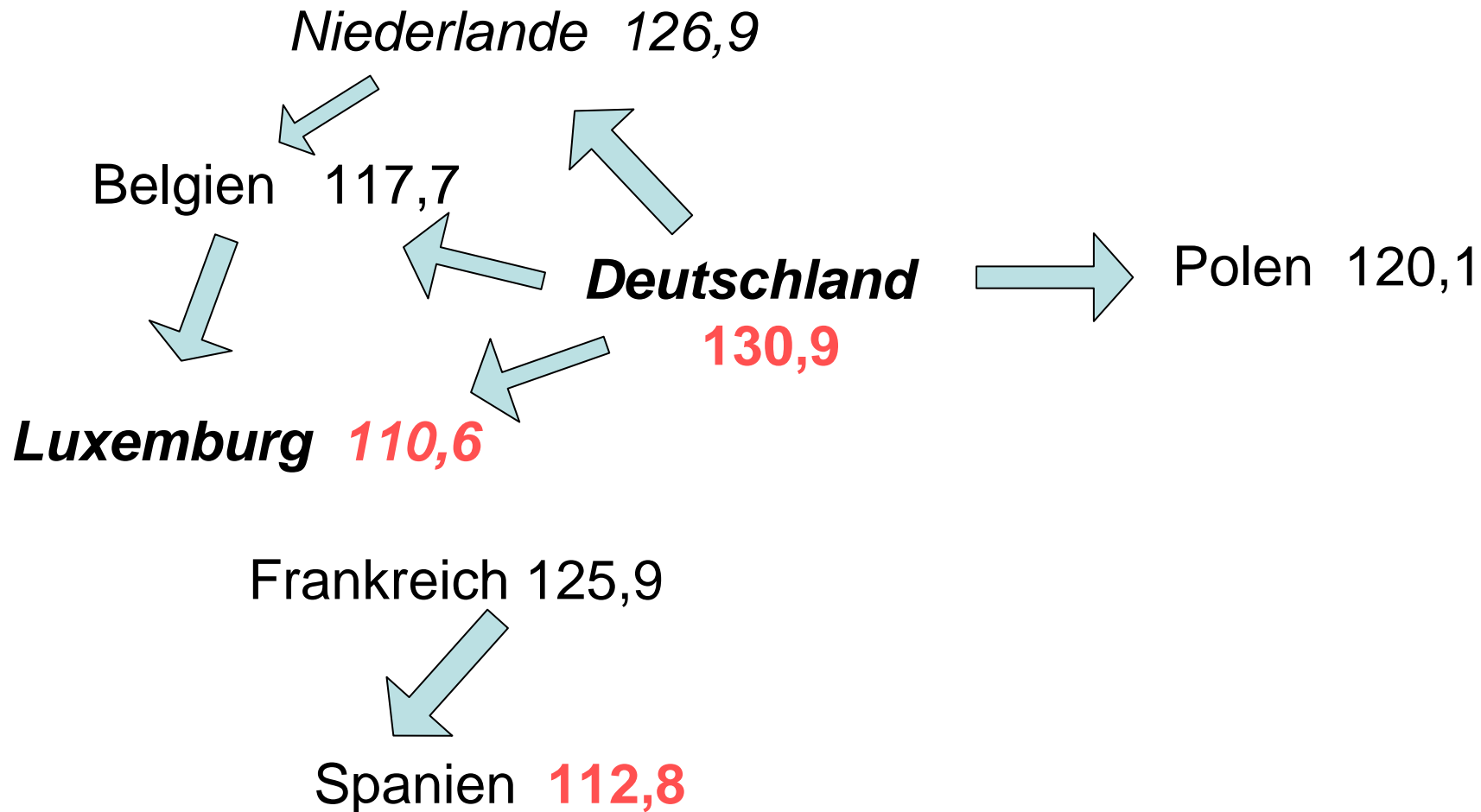
Anreize zum Cross-Border-Shopping

beim **Benzin**-Tanken - März 2008



Anreize zum Cross-Border-Shopping

beim **Diesel**-Tanken - März 2008



Konsequenzen 2

- Bei der Wahl der Instrumente, die typischerweise als Instrumente des Klimaschutzes angesehen werden, vor allem bei den Mineralölsteuern wird Luxemburg auch weiterhin bei gleicher Aufkommensstrategie eine andere Politik als Deutschland verfolgen müssen.
Hier ist Steuerwettbewerb angesagt!

- Eine weitgehende EU-Harmonisierung der Mineralölbesteuerung mit dem Argument eines einheitlichen Lenkungsimpulses ist nicht angezeigt,
 - ✓ weil zum einen aufgrund unterschiedlicher nationaler Gegebenheiten unterschiedliche Lenkungsintensitäten erforderlich sind

 - ✓ und zum anderen die staatliche Finanzierungsautonomie untergraben würde.

- Große und kleine Staaten werden bei gleicher Strategie der Aufkommensmaximierung unterschiedliche Steuersätze wählen.

**Forschung und Beratung
von Politik und Verwaltung**

Verwaltungskapazitäten

Luxemburg

Deutschland

Umweltministerium

2 Vollstellen

Umweltministerium

Abteilung mit 3 Unterabteilungen
und 15 Referaten
DEHSt

Klima/Erneuerbare Energien

Wirtschaftsministerium

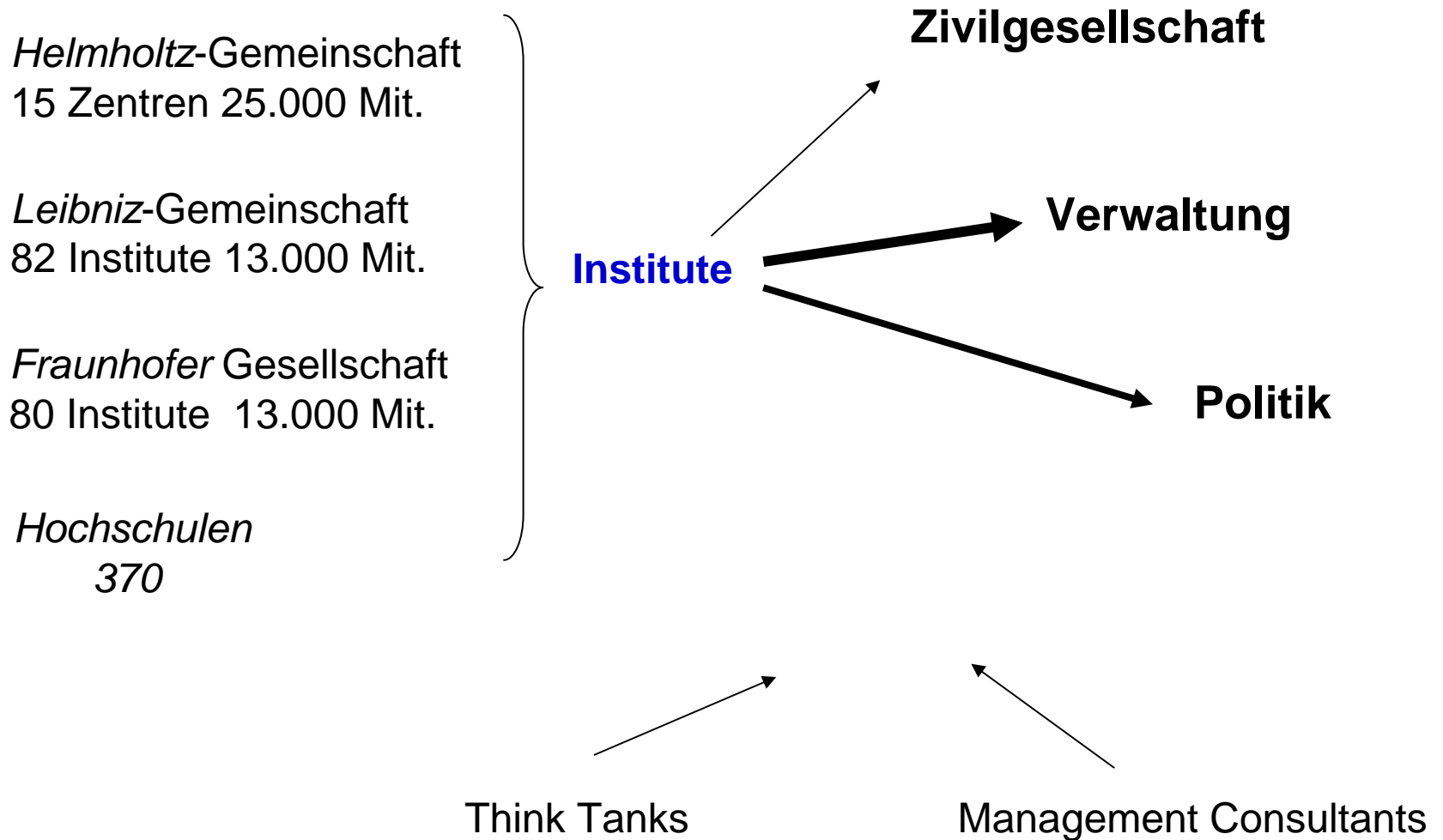
4 Vollstellen

Wirtschaftsministerium

Abteilung mit 3
Unterabteilungen
und 16 Referaten

Energiepolitik

Wissenschaftsbasierte Beratungsangebote Deutschland



Luxemburger Forschungs-/Beratungslandschaft

CRP - Gabriel Lippmann

CRP - Santé

CRP-Henri Tudor

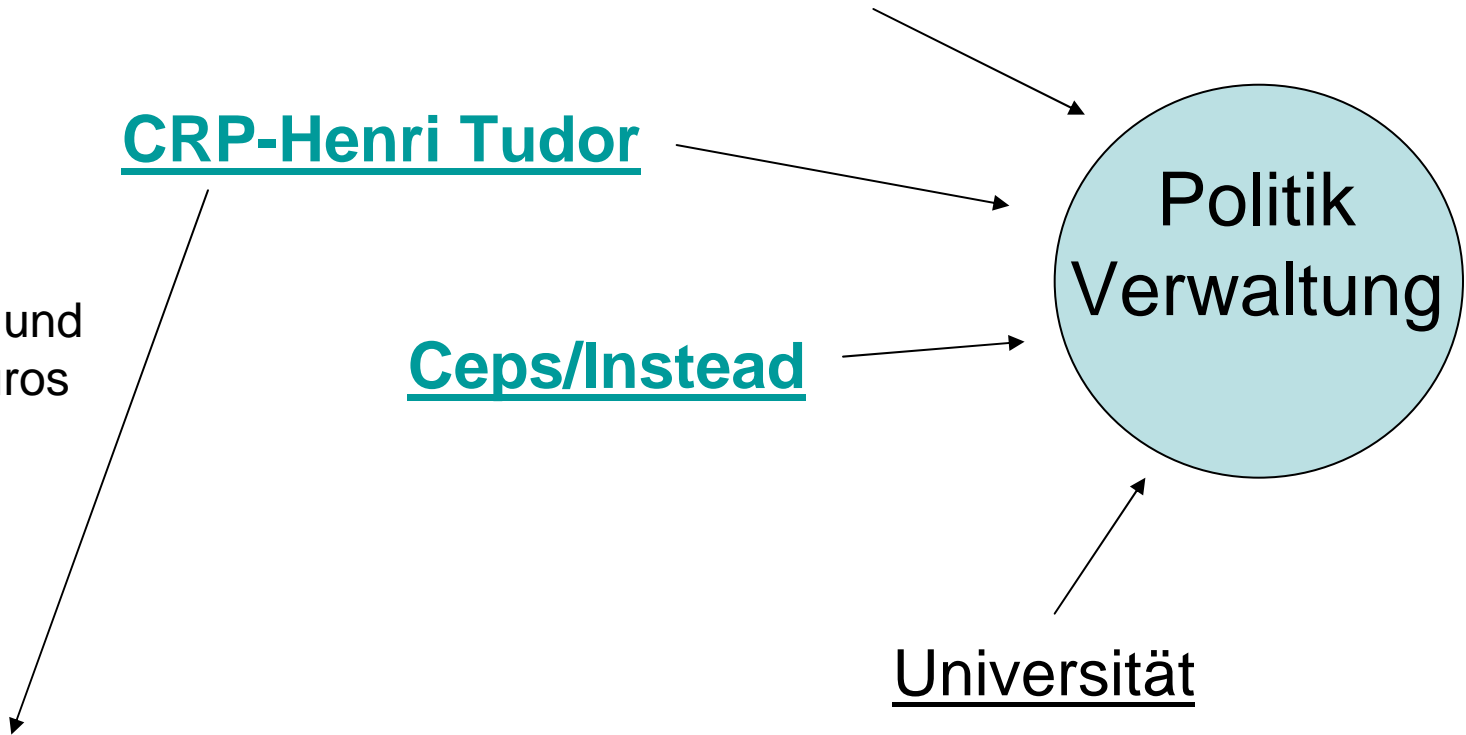
Politik
Verwaltung

Planungs- und
Studienbüros

Ceps/Instead

Universität

z.B. **CRTE** als Kompetenzzentrum technischer Umweltschutz



Datenbasis

Statistisches Bundesamt

2.800 +

Stat. Landesämter

Im engen Austausch mit den
vielen Forschungseinrichtungen

Gute wissenschaftlich/
analytische Kapazität

Forschungsdatenzentrum

**+ Datengenerierung in den vielen
Forschungseinrichtungen**

STATEC

160

An EU-Statistikpflichten
orientiert

Geringe Kapazität für
Energie und Umwelt,
Öffentliche Finanzen

Relativ geringe
wissenschaftl./analyt.
Kapazität

z.T. konkurrierende
Datensammlung in
Ministerien

Ausbau
zu
Daten-
und
Analyse-
Zentrum
nötig

Probleme der Kooperation

Luxemburg bietet für die dt. Institute keinen hinreichenden Markt, der eine Spezialisierung rechtfertigen würde.

Erstellung von Gutachten als Abbild von Arbeiten innerhalb von Deutschland.

Wenig Forschungsmodellierung für extrem kleine und offene Volkswirtschaften

Zu wenig "Zug-um-Zug-Beratung" mit Teilnahme am Prozess.

Bei punktuellen Arbeiten in Luxemburg
Datenbasis äußerst löchrig.
Generierung neuer Daten erforderlich.
Primärempirie.

Konsequenzen 3

- Deutsch-luxemburgische Kooperation bei der Entwicklung von Wirtschafts-, Energie-, Emissions-, Verkehrsmodellen für kleine Staaten.
- Kooperation der Universität Luxemburg und der CRPs mit deutschen Instituten der Energie- und Umweltforschung fördern.
- Zusammenarbeit der Nachhaltigkeitsräte.
- Beiräte mit Vertretern des anderen Landes besetzen.